Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 19. | Dresden, Freitag den 24. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Ein jungtürkischer Handstreich.

Wirklich: der Balkankrieg ist reich an unerwarteten Wendungen. Gestern hätte jeder Zeitungsleser noch darauf wetten dürfen, daß der Friede gesichert sei, heute schon ist die vorbereitete friedliche Antwortnote der Pforte ein toter Papiersetzen, denn die Regierung von gestern existiert nicht mehr. Ein jungtürkischer Handstreich, dessen Hauptheld der vielgenannte populäre Tripolisheld Enver Bey ist, hat das Kabinett Kiamil gestürzt. Die Telegramme melden über den neuesten türkischen Offiziersputsch:

Konstantinopel, 23. Januar. Gegen 3½ Uhr nachmittags veranstalteten Enver Bey und der gewesene Deputierte Rittmeister Dschami Bey an der Spitze von 300 Softas eine lärmende Demonstration vor der Pforte. Die Demonstranten drangen während des Ministerrats in den Vorhof der Pforte ein und brachen in regierungsfeindliche Rufe aus, weil die Regierung Adrianopel preisgeben und sogar gegenüber Montenegro nachgeben wolle. Sie verlangten den Rücktritt des Kabinetts. Der Großwesir begab sich hierauf ins Palais.

Konstantinopel, 23. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge der Kundgebung Enver Beys ist das Kabinett zurückgetreten. Mahmud Schewket wurde zum Großwesir, Talaat Bey zum einstweiligen Minister des Innern, Izzet Pascha zum Kriegsminister ernannt. Talaat Bey erklärte dem Vertreter des Reuterschen Bureaus: „Diese Bewegung bedeutet, daß wir die Nationalehre retten oder bei dem Versuche untergehen werden. Wir wollen keine Fortsetzung des Krieges, aber wir sind entschlossen, Adrianopel zu behalten. Das ist unerläßliche Bedingung."

Konstantinopel, 23. Januar. Trotz strömenden Regens blieben die Demonstranten bis nach 8 Uhr vor der Pforte, das Erscheinen des Erlasses über die Ernennung des neuen Großwesirs erwartend. Gegen 8½ Uhr hielt Mahmud Schewket eine kleine Ansprache an die Menge, in der er sagte, er wisse, daß er die Gewalt unter schwierigen Umständen übernehme. Er werde sich bemühen, das Vaterland zu retten. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen, wobei die Menge sich langsam zu zerstreuen begann.

Der Polizeidirektor und der Militärkommandant von Konstantinopel wurden durch andere Persönlichkeiten ersetzt.

Die jungtürkischen Umtriebe der letzten Zeit sind also doch gefährlicher gewesen, als man in Konstantinopel zugeben wollte, und dieselben Jungtürken, die im Sommer 1912 vom Staatsruder gejagt wurden, haben 1913 das Schicksal des Landes wieder in den Händen. Es scheint auch, daß sie getragen werden von einer Volksstimmung, die mit den Friedensentschlüssen der Notabelnversammlung ebenso unzufrieden ist wie mit der Regierung des gestürzten Kabinetts. Den jungtürkischen Putschisten kam die üble Situation zu Hilfe, die das Kabinett Kiamil zu verantworten hatte, und wie sie den Umstand auszubeuten wissen, beweist ein Manifest, das die neue Regierung bereits gestern verteilte, das die Regierungsfehler des gestürzten Regimes aufzählt und in dem es heißt:

> Die Regierung habe, obwohl sie Kenntnis von der Existenz des Balkanbundes hatte, 120 000 Mann entlassen. Das Kabinett Mukhtar habe die Kommandos unfähigen Offizieren anvertraut und auf diese Weise die Niederlage verursacht. Das Kabinett Kiamil Pascha habe trotz der guten Situation der Armee einen Frieden um jeden Preis schließen wollen. Die ottomanische Nation werde ihre Rechte auf die europäische Türkei nicht aufgeben und hierfür alle Opfer bringen. Die Ottomanen würden beweisen, daß sie fähig seien, zu leben im Ruhm und in der Weltgeschichte.

Es sind reichlich große Worte, mit denen die Jungtürken wieder einmal die Regierung des Landes antreten, ein anderes ist nur, ob diesen großen Worten die entsprechenden Taten folgen werden und folgen können. Die türkische Verteidigungssituation bei Tschadaltscha ist zweifellos glänzend, aber zur Offensive gehört mehr als gut eingegrabene Geschütze hinter festen Schanzen. Zur Offensive gehören Begeisterung, Einmütigkeit der Führer, opfermütige Disziplin und — Geld! Aber die große, stürmende Kriegsbegeisterung dürfte im türkischen Soldaten mindestens so nachgelassen haben wie in den Reihen der Verbündeten. Im türkischen Offizierskorps dürften die bestehenden Gegensätze durch die folgenden jungtürkischen Ernennungen, Aenderungen und Umformungen eher schärfer denn milder werden, und mit den Geldern haperl's noch mehr, wie aus den türkischen Anleihegerüchten hervorgeht. Die Mächte drohten in der Kollektivnote bereits mit der Verstopfung der Geldquellen — sie werden jetzt angesichts der Ablehnung ihrer Note durch die Putschistenregierung erst recht alles tun, um einer türkischen Kriegsfortsetzung Schwierigkeiten zu bereiten.

So dürfte denn aus dem neuesten Konstantinopeler Putsch trotz mancher unabsehbarer Möglichkeiten kaum etwas anderes herausspringen als neue Wirren, die Europa von neuem beunruhigen und das doppelt geschlagene türkische Volk nicht weiter bringen.

Nazim Pascha erschossen.

Im Zusammenhang mit Enver Beis Handstreich wird ein noch unaufgeklärter Vorfall berichtet, von dem die Frankfurter Zeitung uns meldet:

Der bisherige Kriegsminister Nazim Pascha wurde getötet.

Ein anderes Telegramm sagt mehr darüber, ohne die Bluttat völlig aufzuklären:

Konstantinopel, 23. Januar. Die Erschießung Nazim Paschas, die geeignet erscheinen könnte, das ruhige und zielbewußte Vorgehen Enver Beis und Talaat Beis zu diskreditieren, ist zweifellos durch die Schuld der Adjutanten Kiamil Paschas und Nazim Paschas bedingt worden. Enver und Talaat hatten ausdrücklich beschlossen, keinerlei Blut zu vergießen. Als jedoch die Adjutanten Nazim Paschas auf Enver und seine Begleiter aus dem Fenster schossen, wurde das Feuer erwidert, wobei Nazim Pascha fiel. Trotz dieses Zwischenfalls herrschte in der ganzen Stadt Ruhe.

Die Vorbereitungen des Umsturzes.

Wien, 23. Januar. Ueber die letzten Vorbereitungen für den Gewaltstreich der Militärpartei in Konstantinopel erfährt die Südslawische Korrespondenz aus Konstantinopel: Am Dienstag versammelten sich im Konak des Prinzen Said Halim-Pascha die zivilen und militärischen Leiter des jungtürkischen Komitees, darunter Mahmud Schewket-Pascha, Izzed-Pascha, Talaat-Bei, Dschavid Bei und der frühere Großwesir Hakki-Pascha. Es wurde der Beschluß gefaßt, für den Fall einer Nachgiebigkeit der Regierung in der Frage von Adrianopel das Kabinett Kiamil-Pascha zu stürzen und die Militärdiktatur auszurufen. Mahmud-Schewket-Pascha wurde für diesen Fall für den Posten des Großwesirs vorgeschlagen, und er erklärte sich damit einverstanden. . . . . Vorher sollte noch der Versucht gemacht werden, Kiamil-Pascha auf friedlichem Wege für die Vorschläge des Komitees zu gewinnen. Ein jungtürkischer Senator überbrachte Kiamil die Forderungen, die das Komitee gleichzeitig durch einen Artikel im Parteiorgan proklamieren ließ. Kiamil lehnte die Forderungen des Komitees mit dem Hinweise darauf ab, daß der Große Rat ein unparteiisches Urteil sprechen werde, dem sich die Regierung anschließen wolle. Das Komitee beschloß hierauf lediglich, den Prinzen Said Halim als Kontrollpersonen in die Versammlung zu entsenden. Gestern versammelten sich die Mitglieder des Komitees neuerlich beim Prinzen Said Halim. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß der Große Rat nicht aus allen berufenen Vertretern der Nation bestanden habe, und im Hinblick auf die Tatsache, daß das Offizierkorps mit seiner Forderung unberücksichtigt blieb, die gegenwärtige Regierung mit Gewalt zu entfernen und eine Militärdiktatur zu proklamieren.

Die neue Regierung.

Konstantinopel, 23. Januar. Das Reskript des Sultans, wodurch Mahmud Schewket zum Großwesir ernannt und mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird, und worin weiter die Ernennung des Scheich ul Islam angekündigt wird, wurde abends 8½ Uhr vor einer dichten Menschenmenge auf der Terrasse vor der Pforte verlesen.

Im Lager von Tschadaltscha herrscht eine Mahmud Schewket Pascha durchaus günstige Stimmung. Die Armee vor Tschadaltscha hat den Generalissimus Nasim Pascha für die Entbehrungen verantwortlich gemacht, unter denen sie seit Beginn des Waffenstillstandes zu leiden hatte.

Die hohe Pforte zu betreten oder zu verlassen ist jedermann außer den offiziellen Persönlichkeiten untersagt. Die Volksmenge bereitete dem neuen Großwesir Mahmud Schewket und Obersten Enver Bey jubelnde Ovationen. Das Manifest der Partei Einheit und Fortschritt klagt das Kabinett Gahzi Mukhtar wegen des Friedens von Lausanne des Hochverrats an und hebt dann hervor, daß der König der Bulgaren die Schwäche des Kabinetts Kiamil ausgenützt habe. Die Nation habe recht, wenn sie sich jetzt erhebe. Sie werde unter keinen Umständen ihre heiligen Rechte auf die europäische Türkei preisgeben und alle Opfer bringen, um Rumelien zu behaupten.

Konstantinopel, 23. Januar. Während der heutigen Demonstrationen verhielt sich die Wache auf der Pforte, welche in den letzten Tagen auf zirka 800 Mann verstärkt wurde, zuschauend, weil das Kommando fehlte. Die Demonstration verursachte auf der Pforte unbeschreibliche Verwirrung. Die Demonstranten schrieen fortwährend „Im Namen Gottes", während andere gegen die Regierung demonstrierten, weil sie Adrianopel preisgebe. Geistliche hielten aufreizende Reden, wobei sie auch viele Verse aus dem Koran zitierten. Insbesondere wurde Kiamil Pascha verunglimpft. Gegenwärtig ist der Großwesir mit dem ganzen Kabinett auf der Pforte gefangen. Vor der Pforte steht eine ungefähr 2000 Personen zählende Menschenmenge.

Die Friedensaussichten verdunkelt.

London, 24. Januar. Die Times schreiben: Der plötzliche Sturz der türkischen Regierung durch das Komitee für Einheit und Fortschritt wird in ganz Europa beklagt werden. Er hat die Friedensaussichten verdunkelt, die zu keiner Zeit günstiger waren als jetzt. Die Auffassung der Times über den Regierungswechsel ist, daß wieder einmal die Intrigue für den Augenblick Erfolg gehabt hat. Man hat nicht nötig anzunehmen, daß eine große Ueberzeugung oder Leidenschaft die Nation ergriffen hat. Wenn die neuen Minister wirkliche Staatsmänner sind, so wird eine kurze Ueberlegung der Sachlage sie überzeugen, daß der einzig sichere Kurs für die Türkei der Krieg ist, den Kiamil eingeschlagen hat. Der Artikel schließt: Wir müßten die Verbündeten in ihrem eigenen Interesse und in dem Europas ernstlich vor übereilten Schritten warnen. Wir möchten ihnen raten, abzuwarten, und ein Verhalten zu vermeiden, das eine Krisis herbeiführen könnte, die die Mächte spalten würde. Offenbar rechnen Talaat Bey und das Komitee auf die Möglichkeit der Spaltung der Mächte, wenn sie beabsichtigen, den Krieg zu erneuern. Die Aufgabe der Mächte ist es, sobald als möglich den Irrtum aller Berechnungen dieser Art klarzulegen.

Paris, 24. Januar. Der Londoner Berichterstatter des Matin meldet: Der Sturz des Kabinetts Kiamil Pascha hat bei den Vertretern der Balkanverbündeten teilweise Befriedigung, teilweise Beunruhigung hervorgerufen. Die Bulgaren hätten erklärt: Jetzt haben wir eine klare Situation vor uns. Anstatt noch länger die Winkelzüge in London zu ertragen, werden wir uns bei Adrianopel und Tschataldscha wiedersehen. Anstatt uns Adrianopel von den Großmächten abtreten zu lassen, werden wir es mit den Waffen in der Hand nehmen.

Adrianopel.

Konstantinopel, 23. Januar. Nach dem Textumanikat hatte der Kommandant von Adrianopel, Schükri, heute an das gewesene Kabinett ein Telegramm gerichtet, in dem er sagte, nachdem er erfahren habe, daß Adrianopel den Verbündeten überlassen werden soll, **habe er beschlossen, die Bevölkerung zu entfernen und die Kanonen gegen die Stadt zu richten, um diese gänzlich zu zerstören, den äußeren Raum zu durchbrechen und nach Konstantinopel zu kommen.** Der Ministerrat besprach dieses Telegramm, als der Regierungswechsel eintrat.

Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium fand am Donnerstag abend eine wichtige Debatte über einen sozialdemokratischen Wohnungsfürsorge-Antrag statt.

Aus den Gebieten der oberen Weser und der Ruhr kommen Hochwassermeldungen.

Der Absturz eines Aeroplans in der Nähe von Magdeburg hat zwei Todesopfer gefordert.

Die jungtürkische Offiziersrevolte brachte ein neues Kabinett unter Mahmud Schewket Pascha ans Ruder.

Enver Bey wurde zum Kommandanten von Konstantinopel ernannt.

Wahlrechtsdebatten im Reichstag.

1.

Als erster Initiativantrag, mit dem sich der aus den Wahlen 1912 hervorgegangene Reichstag in der allernächsten Zeit beschäftigen wird, gelangt der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die gesetzgebenden Körperschaften in den Einzelstaaten zur Beratung. Der Antrag lautet:

„Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches erhält folgenden Zusatz:

> In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich."

Der Antrag ist im Reichstag nicht neu, sondern diese Forderung weist eine Geschichte auf, die bis in die allerersten Verhandlungen des Reichstags — sogar bis in die Beratungen des konstituierenden Reichstages für den Norddeutschen Bund — zurückreicht. Und bei dem ungemein starken Interesse, das diese Frage insbesondere in der Gegenwart bei den Arbeitern auslösen muß, sei in kurzen Umrissen eine Darstellung der Behandlung dieser Forderung im Reichstage gegeben.

Um zwei Hauptpunkte gruppierten sich bisher die Wahlrechtsdebatten im Reichstag. Einmal um das Wahlrecht zum Reichstag, zum andern um die Forderung nach der Einführung einzelstaatlicher Wahlrechte, die dem Verlangen der Zeit entsprechen.

Was die Frage des Reichstagswahlrechts anbetrifft, so fanden die grundlegenden Debatten darüber bereits im konstituierenden Reichstag, der sich mit der Schaffung einer Verfassung für den Norddeutschen Bund beschäftigte, statt. Doch braucht darauf des näheren bei dieser Gelegenheit nicht eingegangen zu werden. Nur auf einen Punkt sei dabei hingewiesen. Es herrscht vielfach die Meinung, daß das bestehende Wahlrecht zum Reichstag, das auf dem Grundsatz der allgemeinen, direkten und geheimen Wahl aufgebaut ist, von Bismarck dem Reichstage ohne weiteres präsentiert worden sei. Das ist nicht zutreffend. Vielmehr war in dem Verfassungsentwurf des Bundesrats nur von einem allgemeinen, direkten Wahlrecht die Rede. Die Vorschrift, daß die Wahl wenigstens im Prinzip auch eine geheime sein müsse, kam erst nach langen Debatten durch einen Antrag Fries, den der Reichstag am 28. März 1867 annahm, in die Verfassung hinein. Bei dieser Gelegenheit fehlte es freilich auch nicht an Versuchen einzelner Abgeordneten, den Entwurf des Bundesrats noch zu verschlechtern, insbesondere dadurch, daß man den Begriff des allgemeinen Wahlrechts wesentlich einschränken und auch die indirekte Wahl einführen wollte. Damals hielt Bismarck seine Rede für das allgemeine, direkte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130124/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG